

## **Beschluss** Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 16.10.2022

Tagesordnungspunkt: K Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

### **Antragstext**

- 1 Die Klimakrise ist jetzt. Der Sommer hat uns erneut vor Augen geführt: Wetterextreme
- 2 häufen sich und werden immer gefährlicher. Die Hitzewellen des Jahres 2022 hatten Regionen
- 3 auf allen Kontinenten wochenlang im Griff, auch hier in Deutschland hatten wir mit
- 4 Temperaturrekorden zu kämpfen. Symptomatisch erlebten wir beispielsweise in
- 5 Brandenburg,
- 6 Sachsen und am Brocken in Sachsen-Anhalt gefährliche Wald- und Flächenbrände; es
- 7 waren
- 8 Evakuierungen und Löscharbeiten notwendig, die unsere Rettungskräfte an ihre
- 9 Grenzen
- 10 brachten. In weiten Teilen Europas wurden Flüsse zu Rinnsalen. Auch in Spanien und
- 11 Italien
- 12 loderten verheerende Waldbrände in ungekanntem Ausmaß, während Länder wie
- 13 Pakistan von
- 14 schier unbändigen Überschwemmungen heimgesucht wurden.
- 15 Die Flut im Ahrtal ist derweil erst ein Jahr her – eine Katastrophe, deren Zerstörungen
- 16 wir
- 17 bis heute bewältigen müssen. Menschen trauern um ihre Angehörigen, noch immer sind
- 18 viele
- 19 ohne neue dauerhafte Unterkunft und haben Angst vor neuen Starkregenereignissen.
- 20 Der Weltklimarat IPCC hat berechnet, dass Extremtemperaturen, die sich ohne die
- 21 menschengemachte Klimaerhitzung einmal pro Jahrzehnt entwickeln würden, heute fast
- 22 dreimal
- 23 so oft passieren, länger andauern und mit bis zu 1,2 Grad deutlich heißer sind. Die
- 24 Folge:
- 25 Gefahr für Leben und Gesundheit der Menschen und eine zunehmende Zahl von
- 26 Hitzeopfern. So
- 27 war der Juni 2022 weltweit der drittheiße Monat seit Beginn der Aufzeichnungen, in
- 28 Europa
- 29 sogar der zweitheiße. Bundesweit sehen sich immer mehr Kommunen gezwungen,
- 30 den
- 31 Klimanotstand auszurufen, den auch das Europäische Parlament bereits ausgerufen
- 32 hat. Auch
- 33 die Weltmeere erhitzen sich in einem dramatischen Tempo. Wissenschaftler\*innen
- 34 gehen davon
- 35 aus, dass erste Kipppunkte wie das Abschmelzen der Gletscher auf Grönland oder der
- 36 Westantarktis wahrscheinlich bereits bei einer Erderwärmung um die 1,5 Grad nicht
- 37 mehr
- 38 aufgehalten werden können. Mit jedem Zehntelgrad Erwärmung werden die Folgen

immer  
24 katastrophaler. Es gilt daher, um jedes Zehntelgrad zu kämpfen.  
25 Die drohende Heizeit und der drastische Verlust biologischer Vielfalt stellen nicht  
weniger  
26 als unsere Lebensgrundlagen in Frage und sind damit die größten Gefahren für unsere  
Zukunft.  
27 Hitze und Drre haben einschneidende Folgen für Mensch und Natur, für die Umwelt,  
für  
28 Infrastruktur und Wirtschaft. Die mit der Überhitzung und mit dem gravierenden Arten-  
29 Aussterben verbundenen multiplen Krisen verstärken sich gegenseitig, schränken  
unsere  
30 Handlungsfähigkeit - und damit unsere Freiheit ein. Das zunehmend unwirtliche Klima  
und der  
31 Verlust gesunder Natur bedrohen das Leben und die Heimat von Millionen von  
Menschen schon  
32 heute. Das gilt umso mehr für die kommenden Generationen.  
33 Mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vor anderthalb Jahren wurde erneut  
klar: Die  
34 Klima-Frage ist eine Frage der Erhaltung unserer Freiheit. Ein Leben in Frieden, Freiheit  
35 und Sicherheit ist in Deutschland und weltweit nur durch konsequenten Klimaschutz  
möglich.  
36 Und: Die Menschen in den Ländern, die am wenigsten dazu beigetragen haben, leiden  
am meisten  
37 unter den Folgen der Klimakrise. Klimaschutz ist deshalb immer auch ein Beitrag zu  
mehr  
38 globaler Gerechtigkeit.  
39 Die Weltgemeinschaft hat sich mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zur  
Rettung  
40 unserer Lebengrundlagen bekannt und sich im Pariser Klimaabkommen ganz konkret  
darauf  
41 festgelegt, die Erderhitzung auf deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad zu  
begrenzen.  
42 Dafür ist es notwendig, die Klimaneutralität deutlich vor Mitte des Jahrhunderts zu  
43 erreichen. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, Deutschland auf den 1,5-  
Grad-Pfad  
44 zu bringen. Wir Grüne stehen dafür, die notwendigen Schritte in allen Sektoren und auf  
allen  
45 politischen Ebenen zu gehen, damit das gelingt. Dafür wurden wir in die Verantwortung  
46 gewählt. Dieser Aufgabe fühlen wir uns verpflichtet. Das ist der Grund, warum wir  
Politik  
47 machen. Es ist die Aufgabe unserer Zeit.  
48 Die Klimakrise ist eine Menschheitsaufgabe: Bündnis 90/Die Grünen stehen für einen  
sozial-,  
49 geschlechter- und global gerechten Klimaschutz, der uns und kommenden  
Generationen die  
50 Freiheit erhält.

51 **Das Ziel fest im Blick**

52 Die Ausgangslage könnte kaum herausfordernder sein. Der Ausstoß von Treibhausgasen  
wurde in  
53 der Vergangenheit nur unzureichend gemindert. Wichtige klimapolitische Ziele, die wir  
uns in  
54 Deutschland und weltweit gesetzt haben, werden absehbar verfehlt werden. In den  
letzten  
55 Jahren ist zu viel versäumt und bewusst behindert worden. Es wurden viel zu wenige  
und meist  
56 wirkungsschwache Anstrengungen unternommen, die erneuerbaren Energien  
auszubauen, uns von  
57 fossilen Energieträgern unabhängiger zu machen, nachhaltigen Wohlstand zu schaffen  
und  
58 konsequente Maßnahmen zum Schutz des Klimas umzusetzen. Sonst wären wir jetzt  
besser  
59 vorbereitet auf die aktuellen Krisen. Umso größer und dringender ist der  
Handlungsbedarf in  
60 den kommenden Jahren.

61 Gleichzeitig zwingt uns der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine  
–  
62 mit all seinen Folgen für die Versorgungssicherheit – neue Wege zu gehen. Zum  
festgesetzten  
63 Ziel, Deutschland klimaneutral zu machen, kommt nun hinzu, die Abhängigkeiten von  
russischen  
64 Energiequellen schnellstmöglich zu beenden und gleichzeitig die Versorgungssicherheit  
für  
65 Verbraucher\*innen und Wirtschaft, Industrie und öffentliche Einrichtungen zu  
gewährleisten.

66 Dafür drosseln wir schon heute den Gasverbrauch, diversifizieren unseren  
Energieimport und  
67 bauen schwimmende LNG-Anlandepunkte, für die wir jedoch keine Langzeitverträge  
ohne 1,5-  
68 Grad-Perspektive abschließen. Feste reine LNG-Terminals brauchen wir nicht. Wir streben  
daher  
69 für alle Standorte an, dass von Beginn an auch Wasserstoffderivate, wie z.B. grüner  
70 Ammoniak, genutzt werden können. So vermeiden wir einen teuren fossilen Lock-In.  
Grüner  
71 Wasserstoff ist extrem energiewaufwendig und wird immer ein kostbares Gut bleiben.  
Die  
72 Verwendung von grünem Wasserstoff muss daher auf die Bereiche konzentriert werden,  
in denen  
73 es noch keine guten Alternativen dazu gibt, wie etwa in der Industrie. Für den Notfall  
74 bleiben zudem Kohlekraftwerke etwas länger in der Reserve. Vor allem aber  
vervielfachen wir  
75 das Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Unser Ziel ist, 100 Prozent  
erneuerbare  
76 Energien bis 2035 zu erreichen. Um die Energieversorgung in Deutschland komplett  
darauf  
77 umzustellen, intensivieren wir die Effizienzmaßnahmen und reduzieren unseren  
Verbrauch durch  
78 Energieeinsparungen. So ermöglichen wir das nötige, noch schnellere Ende von

russischen  
79 Gasimporten und fossilen Energieimporten insgesamt. Öl-, Kohle-, Erdgas- und  
Urangewinnung  
80 beruhen weltweit auf Ausbeutung und Vertreibung. Aus dieser fatalen Logik wollen wir  
so  
81 schnell wie möglich aussteigen. Unkonventionelles Fracking gefährdet die Umwelt.  
Außerdem  
82 würde es Jahre dauern solche Vorkommen in Deutschland zu erschließen, es würde also  
in der  
83 aktuellen Situation und auf absehbare Zeit gar nicht weiterhelfen. Es bleibt in  
Deutschland  
84 verboten.

85 Gerade weil wir jetzt schwierige Schritte gehen müssen, ist es so wichtig, dass wir  
86 schneller werden beim Ausbau der Erneuerbaren. Das Tempo der  
Emissionsminderungen muss sich  
87 gegenüber dem Status quo in den kommenden Jahren insgesamt mehr als verdoppeln  
und dann bis  
88 2030 nahezu verdreifachen, damit wir die Ziele im Bundesklimaschutzgesetz erreichen.

89 Durch eine fehlgeleitete Energiepolitik im vergangenen Jahrzehnt ist die sichere  
90 Energieversorgung in Deutschland gegenwärtig eine der größten Herausforderungen.  
Eine  
91 zentrale Ursache liegt in der fundamentalen Abhängigkeit von Russlands fossilen  
92 Energieträgern, für welche die vorangegangenen Regierungen die Verantwortung  
tragen. Die  
93 energiepolitische Abhängigkeit von Russland schwächt Deutschland und Europa,  
mindert unsere  
94 Freiheit, unsere Unabhängigkeit und senkt unsere Fähigkeit, nachhaltig, also im  
Einklang mit  
95 den planetaren Grenzen und der Freiheit zukünftiger Generationen zu wirtschaften. Die  
96 konsequente politische Schlussfolgerung daraus ist der beschleunigte Ausstieg aus der  
Kohle  
97 bereits im Jahr 2030 und eine Stromversorgung, die 2035 auf 100 Prozent Erneuerbaren  
98 basiert. Die heutige Situation zeigt uns, dass wie beim Kohleausstieg auch ein  
endgültiger  
99 Abschied von fossilem Erdgas im Einklang mit unseren Klimazielen notwendig ist. Das  
ist  
100 nicht nur von zentraler Bedeutung für das Klima und die Frage der  
Energieunabhängigkeit,  
101 sondern auch, um den Anstieg der Energiekosten zu bremsen.

102 Mit der kürzlich geschlossenen Vereinbarung wird für das Rheinische Braunkohlerevier  
der  
103 Kohleausstieg von 2038 auf 2030 vorgezogen - rechtssicher und entschädigungsfrei.  
Das ist  
104 ein wichtiger Schritt, um unsere Klimaziele zu erreichen. Damit schreiben die grün-  
geführten  
105 Wirtschaftsministerien in Land und Bund das Schlusskapitel von 150 Jahren  
Braunkohlebergbau  
106 im Rheinland. Zusätzlich zu den bereits erfolgten Tagebauverkleinerungen bleiben so  
weitere

- 107 Millionen Tonnen Kohle unter der Erde. Der Hambacher Wald wird in einem  
108 Biotopverbund  
109 gesichert.  
109 Diese Vereinbarung zu erreichen war ein Kraftakt, der auch durch die langjährige Arbeit  
110 der  
110 Menschen und Bewegungen vor Ort ermöglicht wurde.
- 111 Den vielen vor dem Abbau geretteten Dörfern und Höfen – Keyenberg, Kuckum,  
112 Oberwestrich,  
112 Unterwestrich und Berverath sowie die Holzweiler Höfe Eggeratherhof, Roitzerhof und  
113 Weyerhof  
113 – wird eine neue selbstbestimmte Perspektive eröffnet. Dort werden nun keine  
114 Umsiedlungen  
114 mehr gegen den Willen der Betroffenen vollzogen. Bitter ist, dass der Ausbau der  
115 Erneuerbaren nicht vorangetrieben und der Kohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier  
115 nicht  
116 bereits in der letzten Legislatur geklärt wurde, um so noch rechtzeitig die  
116 Voraussetzungen  
117 dafür zu schaffen, dass auch Lützerath erhalten bleiben kann.
- 118 Wir wollen weitere Einsparmöglichkeiten ausschöpfen und den Ausbau der  
119 Erneuerbaren Energien  
119 noch schneller vorantreiben, um so die Nutzung von Kohlekraftwerken überflüssig zu  
120 machen.  
120 Wir setzen uns dafür ein, dass die Braunkohle wo immer möglich im Boden bleibt. Im  
121 Ausstiegsfahrplan muss daher bei den Überprüfungszeitpunkten eine weitere  
121 Beschleunigung des  
122 Kohleausstiegs geprüft werden. Wir suchen weiterhin das Gespräch mit der  
122 Klimagerechtigkeitsbewegung, um den Klimaschutz voranzubringen. Es wird jetzt  
123 gerade auch  
124 darauf ankommen, den Kohleausstieg auch im ostdeutschen Revier auf 2030  
124 vorzuziehen.
- 125 **Mit Plan und Pragmatismus zum Ziel**
- 126 Wir konnten in den ersten Monaten der Ampel-Regierung schon vieles auf den Weg  
127 bringen. Wir  
127 haben im Bund und in Europa zahlreiche Blockaden gelöst und Deutschland zum Motor  
128 in Sachen  
128 erneuerbarer Energieerzeugung gemacht. Das beschlossene Gesetzespaket zur Novelle  
129 des  
129 Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und des Bundesnaturschutzgesetzes, das Wind-  
130 auf-See-  
130 Gesetz und das Wind-an-Land-Gesetz werden den Ausbau der erneuerbaren Energien  
131 unter Wahrung  
131 hoher ökologischer Schutzstandards endlich wieder deutlich beschleunigen. Begleitend  
132 werden  
132 wir mit nationalen Artenhilfsprogrammen alles Notwendige tun, um betroffene  
133 Bestände in  
133 einen guten Erhaltungszustand zu bringen.
- 134 Die Bedingungen für den Bau neuer Windkraftanlagen, für mehr Solar auf den Dächern  
134 und für

135 mehr Bürger\*innenenergieprojekte wurden massiv verbessert. Zwei Prozent der  
Landesfläche  
136 sollen künftig für Windenergie genutzt werden und Ökostrom-Anlagen bekommen  
gegenüber  
137 anderen Nutzungsformen eine deutlich höhere Priorität. Dazu wurde im EEG  
festgeschrieben,  
138 dass Erneuerbare von überragendem öffentlichem Interesse und auch im Interesse der  
139 öffentlichen Sicherheit sind. Damit werden Genehmigungsverfahren deutlich  
beschleunigt.  
140 Jetzt gilt es, diese neuen Möglichkeiten konsequent vor Ort und in den Ländern  
umzusetzen.

141 Auf europäischer Ebene haben wir die Weichen für mehr Klimaschutz im Verkehr  
gestellt. Wir  
142 haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass für neu zugelassene Pkw der fossile  
143 Verbrennungsmotor ab dem Jahr 2035 der Vergangenheit angehört. Denn insbesondere  
im Verkehr  
144 gibt es aufgrund von jahrzehntelangem Stillstand enormen Nachholbedarf.

145 Deutschland soll bereits 2030 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien  
erzeugen – und  
146 im gleichen Maße unabhängig von fossilen Importen werden. Gleichzeitig schließen wir  
endlich  
147 die Lücke zwischen Notwendigkeit und Realität: Wären wir bereits heute so weit, wie es  
148 klimapolitisch notwendig wäre, wären wir bedeutend weniger abhängig von Putins Öl  
und Gas.

149 Wir Grüne gehen diesen gesetzten Auftrag mit Mut, Kooperationswillen und  
150 Verantwortungsbewusstsein an. Als Teil der Bundesregierung und als Partei, die dem  
151 Gemeinwohl verpflichtet ist – und Verantwortung für die ganze Gesellschaft übernimmt.  
Wir  
152 müssen die Klimaziele erreichen, um die Freiheit und Würde der Menschen zu  
bewahren.

153 Wir haben im Koalitionsvertrag erreicht, dass die Bundesregierung noch in diesem Jahr  
ein  
154 Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringt, das alle für das Erreichen der  
Klimaziele  
155 2030 notwendigen Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen umfasst. Gerade  
angesichts der sich  
156 immer weiter verschärfenden Klimakrise muss die Bundesregierung dieses Programm  
nun  
157 unverzüglich vorlegen; alle Bundesministerien und Koalitionspartner sind aufgefordert,  
158 konstruktiv und ohne Scheuklappen die notwendigen Maßnahmen auf den Weg zu  
bringen.

159 Zudem sollten, wie im Koalitionsvertrag verabredet, die einzelnen Sektoren ihrer  
160 Verantwortung gerecht werden. Denn mit diesen Maßnahmen setzen wir das klare  
Signal, dass  
161 wir die Klimaziele in allen Sektoren erreichen müssen. Paris-konforme Klimaneutralität  
lässt  
162 sich nur erreichen, wenn die Emissionen in allen Sektoren schnell beendet werden.

163 Gerade wegen des Krieges gegen die Ukraine und der immer stärker wahrnehmbaren  
Folgen der  
164 Klimakrise mögen manche zweifeln, ob all das zu erreichen ist. Schon wieder sagen  
manche,  
165 dass es jetzt Wichtigeres gebe. Aber genau diese Haltung hat uns an den Punkt  
gebracht, an  
166 dem wir jetzt stehen. Die Klimakrise wartet nicht. Ob sie zur Klimakatastrophe wird oder  
  
167 nicht, entscheiden wir, hier und heute. Wir entscheiden es unter schwierigen  
Bedingungen,  
168 aber mit aller Entschlossenheit. Es ist nicht unsere Aufgabe, den Kopf in den Sand zu  
169 stecken. Vielmehr ist es unsere Verantwortung, unsere Pflicht, zielgerichtet,  
pragmatisch  
170 und ohne Tabus, beherzt und konsequent das zu tun, was nötig ist, um uns alle vor der  
171 Klimakatastrophe zu bewahren. Dafür arbeiten wir.

172 Doch das schaffen wir nicht allein, auch nicht als Regierungspartei. Wir brauchen dafür  
173 nicht nur die Unterstützung unserer Koalitionspartner, unserer internationalen  
Partner\*innen  
174 und unserer Partner\*innen in Wirtschaft, Industrie, Landwirtschaft, in Ländern und  
Kommunen,  
175 sondern auch den Druck der Zivilgesellschaft, der Bewegungen und Verbände, die uns  
immer  
176 wieder daran erinnern, was noch mehr nötig und möglich wäre. Und wir brauchen das  
Vertrauen  
177 und die Mithilfe der Menschen in diesem Land. Die Menschheitskrise Erderhitzung  
betrifft uns  
178 alle, und nur gemeinsam können wir sie in den Griff bekommen.

### 179 **Mit Erneuerbaren raus aus Energiepreisspirale und Klimakrise**

180 Die Energiewende – und damit die 100-prozentige Versorgung aus Ökostrom – ist der  
Garant für  
181 bezahlbare Energiepreise für alle, für Energiesicherheit und damit gegen viele  
Bedrohungen  
182 der multiplen Krisen unserer Zeit. Deshalb setzen wir uns mit aller Kraft für die weitere  
183 Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren und ihrer effektiven Systemintegration  
ein.

184 So wollen wir den Ausbau der Photovoltaik auf 25 Gigawatt (GW) pro Jahr steigern und  
die  
185 Windkraft an Land auf 15 GW pro Jahr bis zum Jahr 2025. Wind auf See wollen wir bis  
2035 auf  
186 60 GW ausbauen und zusätzlich 25 GW durch unseren Anteil an europäischen  
187 Gemeinschaftsprojekten.

188 Um Wind und Sonne effizient zu nutzen, beschleunigen wir den Einstieg in ein  
189 sektorübergreifendes Energiemarktdesign, zusammen mit der europäisch integrierten  
190 dezentralen Planung von Strom-, Wärme und Wasserstoffnetzen. Wir brauchen  
ergänzend und  
191 netzstabilisierend regional differenzierte Märkte.

192 Wir wollen die strategische Einbindung der energieintensiven Industrien zur  
Dynamisierung

193 der Transformation und den gezielten Aufbau einer krisensicheren europäischen  
erneuerbaren  
194 Energieindustrie über die gesamte Wertschöpfungskette für Photovoltaik,  
Windenergieanlagen,  
195 Wärmepumpen, Elektrolyseure und Speicher inklusive deren Vorprodukte.  
196 Wir setzen einen Schwerpunkt auf den beherzten Umbau der Wärme- und  
Gebäudeinfrastruktur,  
197 inklusive der Einführung eines Solarstandards, der die Ausbauziele sozial gerecht  
198 unterstützt und des Aus- und Umbaus von Wärmenetzen, um auf Basis niedrigerer  
199 Temperaturniveaus die Verteilung von erneuerbaren Energien und Abwärme effizient zu  
200 ermöglichen

### 201 **Klimaschutz gestalten: gemeinsam, fair, gerecht**

202 Klimaschutz und die konsequente Transformation hin zu einer klimaneutralen Zukunft  
kann nur  
203 gelingen, wenn wir sie für alle möglich machen. Wie das gehen kann, haben wir im  
Sommer  
204 gesehen, als es mit dem 9-Euro-Ticket plötzlich für viele Menschen erschwinglich war,  
205 öffentlichen Nahverkehr zu nutzen und damit auch noch Geld für andere Ausgaben zu  
sparen.  
206 Gerade Menschen mit geringen Einkommen müssen den Mehrwert der Transformation  
spüren.  
207 Gerade jetzt muss ein CO<sub>2</sub>-Preis mit einem sozial-gerechten Ausgleich dafür sorgen,  
dass  
208 notwendige Entlastung finanziert und eine klimagerechte Wirtschaft gefördert werden  
können.  
209 Zu einer solchen sozial gerechten Rückzahlung der Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis  
gehört das  
210 Klimageld, das wir – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – jetzt schnell gemeinsam mit  
211 unseren Koalitionspartnern umsetzen wollen. Das Finanzministerium muss dazu bis  
Ende des  
212 Jahres einen Mechanismus vorlegen, der schnell, pragmatisch und effizient  
Direktzahlungen  
213 ermöglicht, die alle Bürger\*innen erreichen, und der anlassbezogen auch für andere  
214 Entlastungen genutzt werden kann. Dazu müssen alle beteiligten Behörden eng  
215 zusammenarbeiten. Energiekostenentlastungsmaßnahmen dürfen nicht diejenigen  
begünstigen, die  
216 viel Energie verbrauchen und keine Unterstützung benötigen, sondern müssen sozial  
gezielt  
217 erfolgen und Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz bieten.  
218  
219 Die vom Bundeskabinett beschlossene Einrichtung eines direkten Auszahlungsweges an  
alle  
220 Bürger\*innen kommt aber bisher nicht schnell genug voran. Wir erwarten, dass  
221 schnellstmöglich ein funktionierendes System eingerichtet wird. Schon heute ist die  
222 leistungsfähige Infrastruktur der Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit in der  
Lage,  
223 sowohl viele Millionen Überweisungen pro Tag auszuführen als auch Lösungen für  
Menschen ohne

224 eigenes Konto bereitzustellen. Dieser etablierte Direktauszahlungskanal könnte  
zusätzlich  
225 kostengünstig und schnell für die Auszahlung des Klimageldes und ähnlicher  
226 Entlastungszahlungen an alle Bürger\*innen angepasst und genutzt werden.

227 Bei der Internalisierung externer Kosten muss die öffentliche Hand vorangehen. Ein  
Schatten-  
228 CO<sub>2</sub>-Preis, der die generationsübergreifenden Wohlfahrtsverluste und Kosten durch  
229 Klimafolgeschäden berücksichtigt, soll Entscheidungsgrundlage bei  
230 Wirtschaftlichkeitsberechnungen staatlicher Investitionen werden.

231 Klimaschutz sozial gerecht umzusetzen heißt auch, dass klimagerechtes Wirtschaften  
und die  
232 Dekarbonisierung der Industrie wettbewerbsfähig werden. Dafür braucht es grüne  
Leitmärkte  
233 und Investitionssicherheit, zum Beispiel durch Beschaffungsquoten für klimaneutrale  
234 Grundstoffe und Klimaschutzverträge, sogenannte Carbon Contracts for Difference, die  
den  
235 Unterschied zwischen dem aktuellen CO<sub>2</sub>-Preis und den tatsächlichen CO<sub>2</sub>-  
Vermeidungskosten  
236 finanzieren.

237 Damit und mit konkreten Maßnahmen zur Erreichung der Sektorziele hat die Industrie  
die  
238 Planungssicherheit, die sie braucht, um die Produktion klimaneutral umzubauen. Die  
239 tiefgreifende Transformation der gesamten Industrie, speziell der Grundstoffindustrie  
und  
240 aller energieintensiven Branchen, nutzen wir als Innovationstreiber für nachhaltige  
241 Technologien und für den Ausbau einer Kreislaufwirtschaft, die auf erneuerbaren  
Energien  
242 basiert. Europa kann sich in großen Teilen sowohl selbst aus heimischen erneuerbaren  
243 Energiequellen versorgen, als auch die dafür notwendige Technik wieder verstärkt selbst  
244 produzieren. Ein resilienter europäischer erneuerbarer Industriekern sichert die  
245 Energiewende ab und wir gestalten diesen sozial ausgewogen mit gut bezahlten,  
zukunftsfesten  
246 Arbeitsplätzen. Gleichzeitig werden wir mit anderen Ländern Energiewende-  
Partnerschaften auf  
247 Augenhöhe forcieren.

248 Niedriger Energieverbrauch und erneuerbare Energieerzeugung in Gebäuden verringern  
249 finanzielle Risiken und liefern einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur  
250 Energiewende. Wir verbessern dazu die Rahmenbedingungen für Bürger\*innen-  
251 Energiegemeinschaften und Eigeninitiative wie bei Balkonsolaranlagen,  
entbürokratisieren den  
252 Mieterstrom und stärken kommunale Beteiligung. Wir setzen uns für eine klimagerechte  
253 Neubauoffensive ein. Deshalb wollen wir die Anhebung der linearen Abschreibung für  
den Bau  
254 neuer Wohnungen an wirksame energetische und nachhaltige Standards, mindestens  
den  
255 energetischen Standard eines KfW-Effizienzhauses 40, knüpfen. Damit setzen wir  
Anreize für

256 einen klimagerechten Neubau und ermöglichen, dass Mieter\*innen und  
Hausbauer\*innen durch die  
257 besseren Energiestandards langfristig niedrigere Energiekosten haben.

258 Kommunen und Landkreise werden wir bei Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen  
der Klimakrise  
259 und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen extreme Wetterereignisse  
unterstützen. Wir  
260 fördern Initiativen sowohl zur Dach- und Fassadenbegrünung als auch zur Entsiegelung  
von  
261 Flächen, um den Wasserhaushalt besser zu regulieren. Ein gesundes Wohnumfeld und  
der Schutz  
262 der Bevölkerung in Katastrophenlagen hat für uns oberste Priorität und muss  
gewährleistet  
263 werden.

264 **Energiemarkt, Netzausbau und Arbeitsmarkt: Erneuerbare im Mittelpunkt**

265 Um 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 zu erreichen, brauchen wir ein  
266 sektorübergreifendes Energiemarktdesign. Zugleich steigt für die nötige  
Sektorenkopplung die  
267 Notwendigkeit eines stabilen, leistungsfähigen Stromnetzes weiter an.

268 Daher werden wir den Plan für den Ausbau der Übertragungsnetze kontinuierlich an  
neue  
269 Herausforderungen anpassen und mit dem Rück- und Umbau des Gasnetzes sowie dem  
Aufbau eines  
270 grünen Wasserstoffnetzes koordinieren. Gemeinsam mit den Betroffenen werden wir die  
Prozesse  
271 so intensivieren, dass kürzere Verfahren zu einer besseren Planung und Beteiligung der  
272 Menschen vor Ort führen. Die Netzentgelte werden wir so reformieren, dass sie die  
273 Transformation zur Klimaneutralität fördern und die Kosten des Ausbaus der  
erneuerbaren  
274 Energien fair verteilen.

275 Beim Ausbau des Verteilnetzes wird eine vorausschauende Planung zur Pflicht und eng  
an den  
276 Ausbau von E-Mobilität, Wärmepumpen und Erneuerbaren gekoppelt. Netzanschlüsse  
werden  
277 schneller gebaut und digitalisiert. Flexible Strom- und Wärmespeicher in Dörfern und  
278 Quartieren sichern die Versorgung und minimieren den notwendigen Netzausbau.  
Schließlich  
279 wollen wir Stromspitzen kostengünstig über Power-to-Heat-Technik zur  
Wärmeerzeugung und zur  
280 Umwandlung in andere Energieträger einsetzen.

281 Eine auf 100 Prozent Erneuerbaren basierende Energieversorgung funktioniert nur  
europäisch.  
282 Das über ganz Europa die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, das kommt  
selten vor.  
283 Daher müssen wir die europäischen Netze stärken und die Erneuerbaren in ganz Europa  
zum  
284 Standard machen.

285 Ein passgenaues und damit sektorenübergreifendes Energiemarktdesign, das die ganze  
286 Akteursvielfalt im Blick hat, ist das Herzstück eines vollständig auf Erneuerbaren  
287 basierenden Energiesystems. Die Verwerfungen in der aktuellen Krise zeigen einmal  
mehr, dass  
288 hier dringender Handlungsbedarf besteht, den wir zusammen mit Wissenschaft und  
Wirtschaft  
289 adressieren.

290 Von den letzten Bundesregierungen wurde eine unübersichtliche Bürokratie aufgebaut,  
die den  
291 Ausbau der Erneuerbaren ausbremste. Diese bauen wir systematisch ab. Insbesondere  
292 Privatleute und Bürger\*innenenergie-Gemeinschaften befreien wir von den Fallstricken  
293 unkalkulierbarer Ausschreibungen und Anmeldeprozessen. Das auf europäischer  
Ebene  
294 verankerte Recht auf Energy Sharing, also die gemeinsame Nutzung Erneuerbarer  
Energien durch  
295 Energiebürger\*innen und -gemeinschaften, werden wir schnellstmöglich auch in  
Deutschland  
296 ermöglichen. So wollen wir die gesetzlichen Grundlagen schaffen, dass Agri-PV-Anlagen  
297 möglichst unbürokratisch auch in Landschaftsschutzgebieten unter Berücksichtigung  
von  
298 ökologischen Aspekten errichtet werden dürfen. Und wir setzen uns dafür ein, dass die  
299 Voraussetzungen für "Kleinstanlagen" bis 1 kW installierter Leistung erheblich  
vereinfacht  
300 und besser unterstützt werden. Die Erneuerbaren machen wir damit zum  
Gewinnerthema auf dem  
301 Land und in der Stadt. Kommunen werden bei Windkraft stärker beteiligt und die  
Menschen vor  
302 Ort können sich zu fairen Bedingungen bei Solarprojekten engagieren. Auch der  
Allgemeinheit  
303 vor Ort sollen die Einnahmen aus den Erneuerbaren zugute kommen durch  
Investitionen in  
304 nachhaltige Infrastruktur wie Kindergärten und Radwege, damit auch insbesondere  
Menschen mit  
305 geringem Einkommen profitieren. Das schafft Akzeptanz.

306 Auch zum Stromnetz, dem Rückgrat der Sektorenkopplung, wollen wir einen fairen  
Zugang für  
307 alle. Die Stromleitungen brauchen eine effiziente Auslastung, um die Kosten gering zu  
308 halten. Wir binden insbesondere die energieintensive Industrie strategisch in die  
309 Beschleunigung der Transformation ein. Durch die Flexibilisierung des Verbrauchs und  
der  
310 Eigenstromerzeugung kann die notwendige gesicherte Leistung schnell signifikant  
gesenkt  
311 werden. Alle Vorgaben richten wir dazu entsprechend neu aus, insbesondere die  
312 Netzentgeltbefreiungen der sogenannten 7.000h Regel. Die Landwirtschaft wird dazu  
mit einer  
313 weiteren Öffnung für Freiflächenanlagen, Agri-PV und flexiblen Biogasanlagen noch  
stärker  
314 Teil der Energiewirtschaft, der Verkehr zum flächendeckenden Großabnehmer – und  
über

315 Rückeinspeisung zum wichtigen Stabilisator unserer Netze. Gebäudewirtschaft liefert  
316 Solarstrom vom Dach und heizt mit Wärmepumpen.

317 Die Energiewende schafft hunderttausende Arbeitsplätze, sie benötigt aber auch viele  
neue

318 Fachkräfte in kurzer Zeit. Damit das gelingen kann, wollen wir eine gezielte  
319 Qualifizierungs- und Ausbildungsinitiative starten, das Handwerk in allen Stufen des  
320 Bildungs- und Ausbildungssystems attraktiver machen, und Geflüchteten und  
Migrant\*innen die

321 Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern.

### 322 **Wärmewende: effizient und erneuerbar**

323 40 Prozent der Klimagase werden in Deutschland durch Gebäude ausgestoßen. Wir  
legen deshalb

324 einen Schwerpunkt auf ökologisches Heizen, Bauen und vor allem Sanieren. Nur so  
können wir

325 es schaffen, die kumulierte Lücke von 152 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> zu den Klimazielen der

326 Bundesregierung bis 2030 im Gebäudebereich zu schließen.

327 Es ist deshalb klima-, energie- und sicherheitspolitisch nicht haltbar, dass die  
Gasheizung

328 die vorherrschende Wärmetechnik bleibt, mit einem Marktanteil von aktuell über 70  
Prozent.

329 Und sie entwickelt sich auch für die Verbraucher\*innen immer mehr zur Kostenfalle.  
Heizen

330 muss zügig klimaneutral werden. Deshalb haben wir die Förderung von Gasheizungen  
eingestellt

331 und streben das Ende von Neuzulassungen in Neubauten an; ab 2024 gilt eine  
Mindestquote von

332 65 Prozent Erneuerbaren für neue Heizungen. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, soll die

333 Wärmeenergie in Deutschland bis 2030 mindestens zur Hälfte erneuerbar erzeugt  
werden.

334 Dazu brauchen wir alle erneuerbaren Technologien. Wir unterstützen deshalb die EU-  
Strategie,

335 die jährliche Wärmeerzeugung aus Solarthermie bis 2030 zu verdreifachen und wollen  
deshalb

336 eine Regelung schaffen, die den Beitrag von solarthermischen Kollektoren zur 65%-  
337 Mindestquote praxisgerecht regelt.

338 Die gesetzlichen Mindesteffizienzstandards im Neubau und Bestand werden wir mit der  
Reform

339 des Gebäudeenergiegesetzes anheben und auf den Klimaschutzpfad bringen.  
Erneuerbare Energie

340 für Wärme und Kühlung soll schnell das neue Normal werden. Perspektivisch wollen wir  
jedes

341 neue und möglichst viele sanierte Gebäude, beispielsweise in Quartiersbetrachtungen,  
zu

342 Plusenergiehäusern machen. Denn auch erneuerbare Energien müssen wir effizient  
einsetzen.

343 Wir können die Klimaziele nur mit konsequent ressourcenschonendem und  
nachhaltigem Bauen  
344 erreichen. Bei jeder Planung sollte ab sofort der gesamte Stoff- und Energieverbrauch  
für  
345 Bau, Betrieb und späteren Rückbau berücksichtigt werden. Wir setzen uns auch hier für  
den  
346 Einstieg in die Kreislaufwirtschaft ein, mit dem Ziel einer kompletten stofflichen Wieder-  
oder Weiterverwertung. Damit energie- und ressourcenschonend sowie giftfrei gebaut  
wird,  
347 braucht es eine Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen, ein Gebäude-  
Ressourcen-  
348 Gesetz sowie verbindliche Klimaschutzstandards bei allen gesetzlichen Vorgaben,  
Normen und  
349 Bauordnungen. Um Gebäude kreislaufgerecht planen, bauen und modernisieren zu  
können, wollen  
350 wir einen digitalen Gebäude-Materialpass einführen. So werden unsere Gebäude und  
351 Bauschuttdeponien zu Rohstoffquellen.  
352

353 Um die Modernisierung des Gebäudebestandes zügig und konsequent voranzubringen,  
setzen wir  
354 uns sowohl für eine deutliche Steigerung der bereitgestellten Fördermittel als auch für  
eine  
355 Ausrichtung von Förderrichtlinien auf die Klimaschutzwirkung der Maßnahme, auf mehr  
356 Nachhaltigkeit und auf Ressourceneffizienz ein. Hinsichtlich der verwendeten Baustoffe  
357 brauchen die Programme im Sinne einer Holzbau-, Leichtbau- und  
Rohstoffsicherungsstrategie  
358 des Bundes eine klare Ausrichtung auf mehr Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz.  
359 Kreislaufgerechten, nachwachsenden und regionalen Baustoffen muss Vorrang gewährt  
werden.  
360 Bauschaffende müssen durch Information, Anreize und rechtliche Rahmenbedingungen  
in die Lage  
361 versetzt werden, mit diesen Materialien zu arbeiten. Wir unterstützen die Entwicklung  
von  
362 Stoffkreisläufen sowie von Alternativen zu konventionellen und weitverbreiteten  
Baustoffen  
363 wie Beton. Zu einer gelungenen Bauwende gehört für uns auch eine Ressourcenwende.  
364 Wir setzen uns für einen wirksamen Schutz von Mieter\*innen bei der Wärmewende ein.  
Wir  
365 wollen die Kosten für klimafreundliche Modernisierungen zwischen Vermieter\*innen und  
366 Mieter\*innen – auch mittels staatlicher Unterstützung – fair aufteilen.

367 Mit der Ergänzung des Wohngeldes um das Klimawohngeld wollen wir allen  
ermöglichen, in  
368 klimafreundlichen Wohnungen zu leben. Die Heizkostenkomponente muss dringend der  
aktuellen  
369 Entwicklung angepasst werden. Dazu wollen wir den Heizkostenzuschuss im Wohngeld  
während der  
370 Energiekrise verstetigen.

371 Aktuell bezahlen allein die Mieter\*innen die Umlage des CO<sub>2</sub>-Preises für Heizung und  
372 Warmwasser. Wir begrüßen deshalb die Gesetzesinitiative für eine gerechte  
Neuverteilung des  
373 CO<sub>2</sub>-Preises abhängig vom Sanierungsgrad zwischen Mieter\*innen und  
Vermieter\*innen. Damit  
374 wird ein wichtiger erster Schritt getan, um Vermieter\*innen stärker in die Pflicht zu  
375 nehmen, Wohnungen energetisch zu modernisieren und klimaneutrales und preiswertes  
Heizen für  
376 die Mieter\*innen zu ermöglichen.

377 Für die Energieeffizienz ist es maßgeblich, bestehende Systeme zu verknüpfen. Es  
braucht  
378 Quartierslösungen beispielsweise auf Basis von Wärmenetzen, die mit erneuerbaren  
Quellen wie  
379 Abwärme, Geo- oder Solarthermie gespeist werden und bereitgestellte Energie vor Ort  
380 speichern. Auch die Fern- und Nahwärme muss dekarbonisiert werden. Dazu wollen wir  
ihre  
381 Förderung an klimaneutralen und gleichzeitig effizienten Lösungen ausrichten, wie an  
der  
382 Kombination von niedrigerer Temperatur und Wärmepumpen, und dazu die Wirtschaft in  
die  
383 Wärmesysteme einbinden. Für die Umsetzung dieser Systeme sind die Kommunen  
zentral. Wir  
384 begrüßen daher die Initiativen der Bundesregierung, die verbundenen klimaneutralen  
385 Energiesysteme über die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze auszubauen und  
die  
386 kommunale Planung zu stärken. Die Kommunen können so strategisch die Reduktion  
von  
387 Verbräuchen in eigenen Wärmenetzen angehen.

### 388 **Nachhaltige Mobilität ist ein Schlüssel**

389 Insbesondere der Verkehrssektor ist derzeit nicht auf Kurs, um seine Klimaziele zu  
390 erreichen. Die im Klimaschutzgesetz verbindlich vorgeschriebenen Klimaziele werden  
nach der  
391 im Sommer vorgelegten Analyse des unabhängigen Expert\*innenrats für Klimafragen  
im Sektor  
392 Verkehr bis 2030 um kumuliert 261 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen überschritten  
werden. Das  
393 ist die Konsequenz der verfehlten Politik dreier CSU-Verkehrsminister. Umso wichtiger  
ist  
394 es, jetzt konsequent eine neue Politik zu verfolgen. Änderungen, die die Klimaziele im  
395 Verkehrssektor aufweichen, erteilen wir eine Absage. Für uns ist klar: Die Emissionen  
müssen,  
396 wie gesetzlich festgeschrieben, im Verkehr selbst kompensiert werden. Kurzfristige  
Maßnahmen  
397 wie die Einführung einer Klimaabgabe auf Pkw-Neuzulassungen, der soziale und  
klimagerechte  
398 Umbau des Dienstwagenprivilegs oder ein Nachfolgemodell für das 9-Euro-Ticket sind  
deshalb  
399 zwingend erforderlich. Wie der Expert\*innenrat der Bundesregierung für Klimafragen  
halten  
400 wir das vom Verkehrsministerium vorgelegte Klimaschutz-Sofortprogramm für völlig

401 unzureichend und erwarten, dass schnell ein Plan erarbeitet wird, wie in den nächsten  
402 Jahren  
403 die entstandene Klima-Lücke im Verkehrsbereich tatsächlich geschlossen werden kann.  
404 Der EU-Beschluss zum Ende des fossilen Verbrennungsmotors ab 2035 ist ein riesiger  
405 Erfolg  
406 für den Klimaschutz und für grüne Umweltpolitik. Er gibt den Autoherstellern, aber auch  
407 den  
408 Ladenetzbetreibern endlich Planungssicherheit. Die Dekarbonisierung der Antriebe hat  
409 damit  
410 einen klaren europäischen Rahmen. Pkw werden in Zukunft batterieelektrisch fahren.  
411 Damit  
412 nutzen wir die effizienteste Technologie, denn auch im Verkehr muss gelten: Auch aus  
413 erneuerbaren Quellen geerntete Energie ist ein knappes Gut.  
414 Das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel von 15 Millionen vollelektrischen Pkw bis 2030  
415 weist den Weg. Dazu braucht es zusätzliche fiskalische Maßnahmen wie eine  
416 Klimaabgabe für  
417 Pkw-Neuzulassungen, eine deutliche Beschleunigung des Ladesäulenausbaus und eine  
418 intensive  
419 Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Gewerkschaften zur Transformation der  
420 Automobilindustrie.  
421 Denn für alle Betroffenen gilt: Klimaneutralität kann, richtig gestaltet,  
422 Menschheitsaufgabe, Standortvorteil und Jobmotor zugleich sein.  
423 Mit der Antriebswende kann die CO<sub>2</sub>-Lücke ungefähr zur Hälfte geschlossen werden.  
424 Deshalb  
425 brauchen wir zusätzlich eine deutliche Verlagerung von Verkehrsströmen. In Zukunft  
426 sollen  
427 Busse und Bahnen, Carsharing sowie breite Rad- und Fußwege das Verkehrsgeschehen  
428 entscheidend prägen.  
429 Von maßgeblicher Bedeutung für eine funktionierende Mobilitätswende ist ein  
430 attraktives,  
431 preiswertes öffentliches Angebot als Alternative zum eigenen Fahrzeug. Das 9-Euro-  
432 Ticket war  
433 dabei ein großer Erfolg. Über 30 Millionen Menschen nutzten das Ticket monatlich im  
434 Nahverkehr und rund 80 Prozent der Befragten haben sich für eine Fortsetzung  
435 ausgesprochen.  
436 Der Erfolg des 9-Euro-Tickets zeigt, dass auch kurzfristige Maßnahmen für den ÖPNV  
437 direkte  
438 Klimaerfolge bringen. Deshalb wollen wir eine möglichst zeitnahe, einfache und  
439 bundesweite  
440 Folgelösung, die sich alle Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel leisten können.  
441 Um  
442 Familien zu entlasten und die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken, soll  
443 das  
444 Folgeangebot für Kinder und Jugendliche deutlich günstiger und wenn möglich  
445 kostenfrei sein.  
446 Ebenso muss es für Menschen, die Anspruch auf Sozialleistungen haben, sowie für  
447 Studierende  
448 bedarfsgerechte Angebote geben. Gemeinsam mit Ländern, Kommunen und Verbänden

werden wir  
430 daran arbeiten, attraktive und unbürokratische Angebote zu schaffen, mit dem Ziel  
einen  
431 umlagefinanzierten, ticketlosen ÖPNV zu ermöglichen. Unser Ziel bleibt, dass sich die  
Zahl  
432 der Nutzer\*innen im ÖPNV bis 2030 mindestens verdoppelt. Eine Priorisierung der  
Mittel für  
433 den Ausbau von Schienen- und Businfrastruktur ist daher dringend geboten. Neben der  
434 Verkehrsvermeidung und der Förderung von Rad- und Fußverkehr ist dies das  
effektivste  
435 Mittel, um die Mobilitätswende schnell umzusetzen. Dazu müssen wir unsere  
Infrastruktur  
436 umbauen, um diese an unsere Klimaziele anzupassen.

437 Um die Verkehrswende zu verwirklichen, müssen wir die zur Verfügung stehenden  
Finanzmittel  
438 umschichten und neu priorisieren. Klimaschädliche Subventionen müssen abgebaut  
werden. Der  
439 Koalitionsvertrag bietet eine ausreichende Grundlage, beispielsweise das  
Dienstwagenprivileg  
440 so umzubauen, dass vorrangig effiziente Autos mit klimafreundlichen Antrieben davon  
441 profitieren.

442 Insbesondere die Schiene wurde jahrzehntelang vernachlässigt. Es bedarf massiver  
443 Investitionen in Erhalt, Kapazitätsausbau und Elektrifizierung. Der Deutschland-Takt als  
444 Zielvorgabe für ein qualitativ hochwertiges, angebotsorientiertes System stellt für uns  
445 hierfür eine gute Grundlage dar, die nun endlich durch eine angemessene  
Bereitstellung von  
446 Finanzmitteln für Investition und Betrieb sowie für Planungskapazitäten auf den Weg  
gebracht  
447 werden muss. Wir wollen den Flugverkehr am Ziel der Klimaneutralität ausrichten.  
448 Kurzstreckenflüge wollen wir ab sofort Zug um Zug verringern und bis 2030 überflüssig  
449 machen, indem wir massiv Bahnangebote – gerade Direkt- und Nachtzugverbindungen  
– ausweiten  
450 und für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsmitteln sorgen, die die  
451 ökologischen Kosten widerspiegeln.

452 Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel ist unabdingbar, damit die Länder die  
Qualität des  
453 öffentlichen Nahverkehrs erhalten und verbessern können. Dies kann über den Abbau  
454 umweltschädlicher Subventionen und eine ökologische Reform des  
Dienstwagenprivilegs  
455 finanziert werden. Frei werdenden Finanzmittel können unter anderem helfen, Bus und  
Bahn zu  
456 stärken. Die Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr müssen im Bundeshaushalt,  
wie im  
457 Koalitionsvertrag vereinbart, noch im Jahr 2022 erhöht werden. Andernfalls droht  
angesichts  
458 steigender Energiepreise ein Ausdünnen und Abbestellen des Regionalverkehrs auf der  
Schiene.  
459 Geplante Streckenreaktivierungen, die Schienenverkehr auch in weniger dicht  
besiedelten  
460 Regionen führen würden, müssten abgesagt werden. Der Bundesverkehrswegeplan

muss dringend  
461 klimagerecht überarbeitet und reformiert werden, damit zukünftige Investitionen nicht  
mehr  
462 in den teuren Neubau von Autobahnen fließen. Dem klaren Vorrang der Schiene muss  
hier  
463 Rechnung getragen werden.  
464 Die Finanzmittel müssen in die Sanierung der Infrastruktur fließen, denn kilometerlange  
465 Umleitungen produzieren ebenfalls erhebliche Mengen an Treibhausgasen.  
Straßenneubau  
466 produziert Schadstoffemissionen in erheblichem Umfang. Die klimaschädlichen  
Wirkungen von  
467 850 km neuen Autobahnen, der Verbreiterung von 3400 km Autobahnen und des Aus-  
und Neubaus  
468 von 3500 km Bundesstraßen müssen endlich berücksichtigt werden. Diese entstehen  
nicht nur  
469 durch mehr induzierten Verkehr, sondern bereits durch die bauliche Trockenlegung von  
Mooren  
470 und die sogenannte „Graue Energie“, die in den Baustoffen gebunden ist.  
Wissenschaftliche  
471 Untersuchungen zeigen auf, dass die derzeitigen Ausbauplanungen mit den Klimazielen  
472 unvereinbar sind. Das Bundesverkehrsministerium muss deshalb die  
Bedarfsplanüberprüfung auf  
473 die gesetzlichen Klimaschutzziele hin ausrichten und eine entsprechende  
Ausgabenprüfung  
474 vornehmen. Auch der erhebliche Sanierungsbedarf muss mitbetrachtet werden.  
475 Alle Maßnahmen, die von einer Neubewertung betroffen sein können, dürfen bis zum  
Abschluss  
476 dieser Prüfung nicht weiter vorangetrieben werden.  
477 Das Tempolimit auf Autobahnen bleibt für uns weiter ein schnell wirkendes und nahezu  
478 kostenloses Instrument, um die Sicherheit auf den Straßen zu erhöhen und unsere  
Klimabilanz  
479 zu verbessern.

#### 480 **Klima schützt Natur schützt Klima**

481 Der natürliche Klimaschutz hat Klimapotentiale, die an die Umstellung auf erneuerbare  
482 Energien heranreichen. Das hat auch der jüngste IPCC-Bericht bestätigt. Dieser stellt  
dar,  
483 dass eine Kohlendioxidentnahme aus der Atmosphäre von mehreren hundert  
Gigatonnen notwendig  
484 sein wird und die Natur hier einen wesentlichen Beitrag leisten kann. Im Umkehrschluss  
droht  
485 bei einer weiteren Zerstörung natürlicher Kohlenstoffspeicher die Naturzerstörung zu  
einem  
486 erst recht nicht mehr aufzuhaltenden Beschleuniger der Klimakrise und des  
Artenaussterbens  
487 zu werden.

488 Beide Krisen befeuern sich gegenseitig und können nur gemeinsam gelöst werden. Nur,  
wenn wir  
489 gesunde Natur schützen, stärken und wiederherstellen, können wir die notwendigen  
Klima- und  
490 Biodiversitätsziele erreichen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir in der Bundesregierung  
  
491 mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz 4 Milliarden Euro in konkrete  
Maßnahmen zum  
492 Schutz, zur Stärkung und Wiederherstellung gesunder Natur investieren und die  
relevanten  
493 Maßnahmen beschleunigen. Das ist dreifach gut angelegtes Geld: für mehr  
Biodiversität, für  
494 mehr Klimaschutz und für mehr Klimavorsorge.  
  
495 Gesunde Wälder und Auen, Böden und Moore, Meere und Gewässer, Grünflächen in der  
Stadt: All  
496 diese Ökosysteme können einen Beitrag zum natürlichen Klimaschutz leisten. Sie  
können  
497 Kohlenstoff aus der Atmosphäre binden und langfristig speichern. Gleichzeitig sind sie  
498 wertvoller Lebensraum für bedrohte Arten und damit essentielle Voraussetzung im  
Kampf gegen  
499 das Artenaussterben. Außerdem leistet der natürliche Klimaschutz einen wichtigen  
Beitrag zur  
500 Klimavorsorge, denn gesunde Böden regulieren den Wasserhaushalt. Intakte Auen  
halten das  
501 Wasser zurück und tragen so zum Hochwasserschutz bei. Je besser der Zustand von  
Ökosystemen  
502 ist, desto widerstandsfähiger sind sie gegenüber Extremwetterereignissen wie  
Trockenheit  
503 oder Starkregen – und desto mehr können sie zu unserem Schutz beitragen.  
  
504 Das Zusammenwirken all dieser Aspekte zeigt sich im Negativen exemplarisch an der  
aktuellen  
505 Umweltkatastrophe an der Oder mit massenhaftem Fisch-, Schnecken- und  
Muschelsterben und der  
506 Schädigung des einzigen Flussauen-Nationalparks in Deutschland. Ausgelöst wurde sie  
durch  
507 hohe Salzeinleitungen, die zusammen mit Stauhaltungen, Niedrigwasser und sehr  
hohen  
508 Wassertemperaturen zu einer toxischen Algenblüte führten. Jetzt gilt es mehr denn je,  
die  
509 Oder zusammen mit Polen und Tschechien als naturnahen Fluss zu erhalten und ihn  
resilient  
510 gegen die Klimakrise zu machen. Der - auch ökonomisch unsinnige - Oderausbau muss  
gestoppt  
511 werden.  
  
512 Daher setzen wir uns dafür ein auch rechtliche Schritte einzuleiten, um diese auf  
deutscher  
513 Seite nicht auszubauen und die Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen. Das deutsch-  
polnische  
514 Abkommen zur Oder von 2015 muss neu verhandelt und zurückgeführt werden auf  
naturnahen

515 Hochwasserschutz - im Einklang mit dem EU-Umweltrecht. Der Einsatz der Fördermittel  
durch  
516 die EU, die Weltbank und den Europarat muss überprüft und ggf. zurückgefordert  
werden.

517 Schwerpunkte im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz sind eine  
Renaturierungsoffensive  
518 für Flüsse, Auen, Wälder und Seegraswiesen sowie der nationale Moorschutz. Wir wollen  
so  
519 viele Moorböden wie möglich schnell und umfassend wiedervernässen – und ein Ende  
der  
520 Torfnutzung. Landwirtschaftliche Betriebe werden wir bei Maßnahmen zur  
Wiedervernässung und  
521 bei der Einführung angepasster Bewirtschaftungsweisen unterstützen.

522 Ein naturnaher Wasserhaushalt mit lebendigen Flüssen, Seen und Auen ist ein zentrales  
Ziel  
523 für den natürlichen Klimaschutz. Mit der Wiederherstellung dieser Ökosysteme soll im  
Sinne  
524 der Vorsorge Wasser wieder stärker in der Landschaft gehalten und die schnelle  
Entwässerung  
525 großer Flächen reduziert werden. Um einen naturnahen Wasserhaushalt zu erreichen,  
wollen wir  
526 mit der Bundesregierung noch in diesem Jahr eine rahmengebende Nationale  
Wasserstrategie  
527 beschließen.

528 Auch Meeres- und Küstenökosysteme sind ein wichtiger Baustein des natürlichen  
Klimaschutzes.  
529 Denn die Weltmeere leiden nicht nur immens unter den Auswirkungen der Klimakrise.  
Gesunde  
530 Meere liefern gleichzeitig Sauerstoff, sie regulieren das Klima und sind ein wichtiger  
CO<sub>2</sub>-  
531 Speicher. Wir werden eine verbindliche Meeresstrategie erarbeiten und ein  
Aufbauprogramm für  
532 Seegraswiesen, Algenwälder, Salzwiesen und weitere marine sowie Küsten-Ökosysteme  
zur  
533 Verbesserung der natürlichen CO<sub>2</sub>-Speicherfähigkeit entwickeln. Eine Anrechnung von  
CO<sub>2</sub>-  
534 Speicherpotenzialen durch natürliche Kohlenstoffsinken auf die Minderungsziele lehnen  
wir  
535 ab. Der Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen als CO<sub>2</sub>-Senken sind  
zusätzliche und  
536 eigenständige Ziele im Klimaschutzgesetz. Mit natürlichem Klimaschutz stärken wir  
natürliche  
537 Kohlenstoffsinken und bekämpfen zugleich die Biodiversitätskrise und das  
Artenaussterben.

538 Wir erarbeiten eine Langfriststrategie zum Umgang mit unvermeidbaren  
Restemissionen, für  
539 nachhaltige Negativemissionen und klimaneutrale Kohlenstoffkreisläufe. Dazu  
unterstützen wir  
540 die Erforschung natürlicher und Entwicklung technischer Prozesse.

541 Gemeinsam mit unseren internationalen Partner\*innen wollen wir die Verhandlungen  
bei der  
542 Weltnaturschutzkonferenz in Montreal im Dezember endlich erfolgreich abschließen. Es  
braucht  
543 einen neuen internationalen Rahmen zum Schutz unserer Natur und mehr finanzielle  
544 Unterstützung der Industrienationen für die Umsetzung im globalen Süden. Wir wollen  
545 international vorangehen und werden, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, eine  
546 erhebliche Erhöhung der internationalen Biodiversitätsfinanzierung noch in diesem Jahr  
547 verkünden.

#### 548 **Mehr ökologische Landnutzung**

549 Die Waldbrandgefahr vervielfacht sich im Zuge der Klimakrise durch anhaltende  
Trockenheit  
550 und verödete Forstlandschaften. Deshalb brauchen wir wieder mehr echte Wälder: als  
551 Wasserspeicher, Luftfilter, Bodenschützer und als wichtige Verbündete beim  
Klimaschutz. Wir  
552 brauchen eine klimaresiliente vielfältige Landwirtschaft, um auch in Krisenzeiten gute,  
553 gesunde und regionale Lebensmittel unter fairen Bedingungen für alle erzeugen zu  
können.  
554 Fair für das Klima, fair für Umwelt und Tiere, fair für die Verbraucher\*innen – und fair für  
555 die Landwirt\*innen. Denn eine nachhaltige Lebensmittelerzeugung braucht Bäuerinnen  
und  
556 Bauern.  
557 Angesichts von immer häufigeren Dürren und Unwettern, Insektensterben und  
Artenverlust in  
558 der Agrarlandschaft sowie dem Höfesterben ist eine Agrarwende hin zu einer  
ökologischeren,  
559 tierfreundlichen und klimarobusten Landwirtschaft mit fairem Einkommen für die  
560 Landwirt\*innen entscheidend. Gerade in diesem Jahr zeigt sich, dass schon jetzt viele  
561 Anbauregionen bei uns und in ganz Europa mit Trockenheit und Dürren zu kämpfen  
haben. Und es  
562 werden in den kommenden Jahren wohl immer mehr. Umso wichtiger, dass der Boden  
gesund ist –  
563 mit genügend Humus, um ausreichend Wasser zu speichern. Die ökologische  
Bewirtschaftung  
564 bietet die Chance, den Schutz der Biodiversität und des Klimas mit der  
Lebensmittelerzeugung  
565 gut zu verknüpfen.  
566 Wir wollen den Anteil des Ökolandbaus bis 2030 auf mindestens 30 Prozent der Fläche  
erhöhen.  
567 Die Bundesregierung wird dazu eine Strategie auflegen, die Forschung, Betriebe und  
Absatz  
568 gleichermaßen fördert. Außerdem werden wir zusammen mit den Landwirt\*innen eine  
nachhaltige,  
569 nasse Landwirtschaft für genutzte Moorböden entwickeln. Dazu fördert das  
570 Landwirtschaftsministerium beispielsweise extensive Weidewirtschaft und  
Paludikulturen –  
571 auch in Kombination mit erneuerbaren Energien.

572 Agroforstsysteme, Agri-PV-Systeme, Mischkulturen, weite Fruchtfolgen mit  
Zwischenfrüchten,  
573 die Einarbeitung von Pflanzenresten und eine ganzjährige Bodenbedeckung machen  
den Ackerbau  
574 sowohl klimafreundlicher als auch robuster. Gleichzeitig können sie zu einem guten  
Einkommen  
575 für die Landwirt\*innen beitragen. Die europäischen Agrarzahlungen sollen dazu auf die  
576 Honorierung dieser ganzheitlichen gesellschaftlichen Leistungen ausgerichtet werden.

577 Eine weitere zentrale Aufgabe für die nächsten Jahre ist der Umbau der  
landwirtschaftlichen  
578 Tierhaltung hin zu klima-, umwelt- und tiergerechten Haltungsformen. Um  
Landwirt\*innen auf  
579 diesem Weg zu unterstützen, braucht es ein Paket aus verpflichtender  
580 Tierhaltungskennzeichnung, angepasstem Bau- und Genehmigungsrecht, klaren Regeln  
sowie  
581 tragfähiger Förderung. Entsprechende Gesetzesentwürfe des  
Landwirtschaftsministeriums liegen  
582 vor. Wenn wir landwirtschaftlichen Betrieben eine echte Perspektive geben wollen,  
müssen wir  
583 sie bei den Mehrkosten, die durch höhere Tierschutzstandards entstehen, unterstützen.  
Die  
584 Haltungsbedingungen aller Nutztiere wollen wir im Hinblick auf die Stallgröße  
verbessern  
585 und den Zugang zu Außenluft und Außenflächen gewährleisten. Ein Ende der damit  
nicht  
586 kompatiblen Haltungsformen für Deutschland und Europa streben wir an. Um Klima-  
und  
587 Umweltziele zu erreichen, müssen wir die Tierzahlen in Deutschland senken und sie  
stärker an  
588 die verfügbare Fläche für die Futtermittelproduktion binden, denn Futter von den  
eigenen  
589 Feldern ist klimafreundlich und Weidehaltung sorgt für besseren Tierschutz. Den durch  
die  
590 Landwirtschaft maßgeblich mitverursachten Ausstoß von Methan und Lachgas, der  
einen großen  
591 Anteil zur Erderhitzung beiträgt, wollen wir deutlich verringern. Die Fleisch- und  
592 Milchproduktion gehört weltweit zu den Industrien mit den höchsten  
Treibhausgasemissionen  
593 und die kontinuierliche Ausweitung der für die Futtermittelproduktion benötigten  
Flächen  
594 trägt maßgeblich zum Artensterben bei.

595 Eine zukunftsfeste Tierhaltung muss daher standortangepasst und unabhängig von  
Regenwald-  
596 Soja sein. Mit der Eiweißstrategie unterstützen wir diese Umstellung. Industrielle  
597 Massentierhaltung ist mit einer klimagerechten Zukunft nicht vereinbar.

598 Wir wollen vegetarische und vegane Ernährung attraktiver und zugänglich für alle  
Menschen  
599 machen. Ein Mittel hierzu ist die Bereitstellung transparenterer Informationen über die  
600 externen Kosten von Fleisch und anderen tierischen Produkten, sowie die Förderung  
von

601 pflanzlichen Ersatzprodukten, beispielsweise durch die Belegung mit dem ermäßigten  
602 Umsatzsteuersatz, und der Entwicklung künstlich erzeugter tierischer Produkte.

### 603 **Klimagerechtigkeit in Europa und weltweit**

604 Viele Inseln im Pazifik drohen, durch die Klimakrise unterzugehen. Pakistan erlebte  
diesen  
605 Sommer durch extreme Regenmassen Fluten, die tausende Menschenleben gefordert  
und insgesamt  
606 über 33 Millionen Menschen betroffen haben. Gleichzeitig verursacht die Dürre in  
Ostafrika  
607 Hunger und verschärft Armut. Frauen, marginalisierte Gruppen und Menschen, die in  
Armut  
608 leben, sind besonders von den Folgen wie Luftverschmutzung, mangelndem Zugang zu  
Trinkwasser  
609 und dem Schwinden von landwirtschaftlichem Boden betroffen. Die Länder, die am  
wenigsten zur  
610 Klimakrise beigetragen haben, leiden am meisten unter deren Folgen. Die Erderhitzung  
611 einzudämmen, ist daher nicht nur eine ökologische, sondern auch eine  
Gerechtigkeitsfrage.

612 Frauen sind weltweit am stärksten von den Folgen der Klimakrise betroffen, obwohl sie  
613 durchschnittlich für weniger Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Gleichzeitig  
sind  
614 sie an Entscheidungen zur Bekämpfung der Klimakrise seltener beteiligt, werden häufig  
von  
615 Maßnahmen stärker belastet und von Kompensationen geringer entlastet. So führt die  
616 Klimakrise dazu, dass die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern weiter zunimmt.  
Um dem  
617 entschieden gegenzutreten, ist es unerlässlich, Klimaschutz geschlechtergerecht zu  
gestalten  
618 und durch die Beteiligung von Frauen ihr Wissen und Know-How in entscheidende  
619 Transformationsprozesse einzubeziehen. Unser Ziel ist deshalb, die  
Geschlechterperspektive  
620 stärker in klimapolitischen Vorhaben und Programmen zu verankern. Dafür soll in allen  
mit  
621 Klimapolitik befassten Ministerien und Gremien die notwendige Genderperspektive  
aufgebaut  
622 und der im Koalitionsvertrag vereinbarte Gleichstellungs-Check für alle Gesetze und  
623 Maßnahmen umgesetzt werden. Das reicht von Grundsätzen zur Gestaltung der  
konkreten  
624 Klimapolitik bis hin zur Einhaltung menschenrechtlicher Verpflichtungen.

625 Das Fortschreiten der Klimakrise ist eine Gefahr für unsere Sicherheit und Freiheit.  
Durch  
626 die Klimaaußenpolitik muss es uns mit diplomatischen Mitteln gelingen, die globale  
627 Energiewende, nachhaltige Entwicklung und den Schutz unserer Biodiversität EU-weit  
und  
628 international voranzutreiben. Mit der Entwicklungspolitik unterstützen wir unsere  
629 Partner\*innen weltweit beim langfristigen Umbau ganzer Sektoren und verfolgen eine  
630 transformative, globale Strukturpolitik; damit richten wir nationale und internationale  
631 Institutionen auf die Pariser Klimaziele und die Ziele für nachhaltige Entwicklung der  
632 Agenda 2030 (SDGs) aus.

633 Deutschland und Europa müssen stärker mit gutem Beispiel vorangehen und  
634 klimagerechten  
635 Wohlstand umsetzen. Konkret bedeutet das, dass die politischen Entscheidungen daran  
636 gemessen  
637 werden müssen, ob ihre Folgen mit der Einhaltung der planetaren Grenzen und den  
638 Nachhaltigkeitszielen vereinbar sind.

637 Mit dem Europäischen Green Deal wurde die Tür aufgestoßen, um die EU zum ersten  
638 klimaneutralen Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Die ambitionierte und schnelle  
639 Umsetzung  
639 des sogenannten „Fit For 55“-Pakets ist essentiell sowohl für den Klimaschutz als auch  
640 für  
640 die Modernisierung der Europäische Union. Auch die europäische Agrar- und  
641 Handelspolitik  
641 muss hierauf ausgerichtet werden. Zudem bedarf es eines ambitionierten Plans, die  
642 europäische Industrie sozial und nachhaltig in die Zukunft zu führen. Die Einstufung in  
643 der  
643 EU-Taxonomie von Atomkraft und Gas als nachhaltig lehnen wir ab.

644 Nur mit einer ambitionierten Klimapolitik kann die Europäische Union eine Führungsrolle  
645 übernehmen und eine notwendige Bewegung in die Internationalen  
646 Klimaverhandlungen bringen.

646 Die europäischen Klimaziele müssen daher jetzt an das erhöhte Ambitionsniveau und in  
647 Richtung 1,5 Grad-Pfad angepasst werden. Wir unterstützen alle weiteren Maßnahmen,  
648 die dazu  
648 beitragen, diesen Prozess zu beschleunigen und damit die Klimaziele für Europa zu  
649 erreichen.

649 Wir wollen gemeinsam mit der EU-Kommission den natürlichen Klimaschutz und  
650 Maßnahmen zur  
650 Klimavorsorge europaweit und weltweit voranbringen. Wir unterstützen die Verordnung  
651 zur  
651 Wiederherstellung der Natur als zentrales Element zur Umsetzung der europäischen  
652 Biodiversitätsstrategie. Rechtsverbindliche Ziele zur Renaturierung von Meeren, Flüssen  
653 und  
653 Wäldern, von Ökosystemen in der Stadt und in der Agrarlandschaft sowie zum Schutz  
654 von  
654 Bestäubern sind ein Aufbruch für den Natur- und Klimaschutz in der EU.

655 Die Industriestaaten haben am meisten von der Ausbeutung der globalen Ressourcen  
656 profitiert  
656 und tun dies auch weiterhin. Sie müssen deshalb ein verlässlicher Motor und Vorreiter  
657 im  
657 Kampf gegen die Klimakrise weltweit sein. Im Rahmen der G7-Präsidentschaft hat  
658 Deutschland  
658 erste Klima- und Entwicklungspartnerschaften etabliert, die wir mit weiteren  
659 Partnerländern  
659 schnell ausbauen und vorantreiben möchten. Hierbei ist es essentiell, dass diese  
660 Partnerschaften auf Augenhöhe stattfinden.

661 In wenigen Wochen wird die UN-Klimakonferenz COP 27 in Ägypten die massiven  
662 weltweiten Auswirkungen der Klimakrise beleuchten und um Maßnahmen zu deren Bekämpfung  
663 ringen. Es geht dabei um ein ambitioniertes Arbeitsprogramm, mit dem bis 2030 global ein mit dem  
664 1,5-Grad-Ziel kompatibler Entwicklungspfad erreicht wird. An diesem Programm müssen auch die  
665 nationalen Klimaziele ausgerichtet sein. Wir erwarten eine Beschleunigung der  
666 weltweiten Energiewende sowie einen regelmäßigen politischen Austausch über die Umsetzung der  
667 Maßnahmen, über Initiativen und die Erreichung der sektoralen Ziele als Ergebnis der  
668 Konferenz. Die nächste COP darf keine "fossile COP" werden.

669 Ägypten gehört zu den repressivsten Staaten im Nahen und Mittleren Osten sowie in  
670 Nordafrika. Zur Förderung von Klimaschutz braucht es eine starke, politisch aktive und vom  
671 Staat unabhängig agierende Zivilgesellschaft. Es ist deshalb unabdingbar, dass  
672 Ägypten als Ausrichter der COP den eigenen zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen sowie der Presse  
673 dauerhaft die Freiheit gibt, auf Defizite im Klimaschutz aufmerksam machen zu können.

674 Ansonsten droht die COP zum Greenwashing der Staatsführung zu werden – und zu  
675 einem Instrument, um von der katastrophalen Menschenrechtsbilanz einschließlich der  
676 tausenden politischen Gefangenen abzulenken.

677 Im Rahmen der internationalen Klimapolitik muss Deutschland ein ambitioniertes,  
678 solidarisches und verlässliches Partnerland sein und seiner Verantwortung für den  
679 eigenen, für den globalen Klimaschutz und für die Anpassung an die Klimakrise gerecht werden.  
680 Dabei werden wir klimapolitische Maßnahmen im Sinne des postkolonialen Ansatzes  
681 gemeinsam mit unseren Partner\*innen entwickeln, eng mit multilateralen Partner\*innen abstimmen und  
682 bei der Umsetzung die Länderrechte der indigenen Bevölkerung stets achten. Das ist auch  
683 unser Anspruch für das Auftreten Deutschlands bei der diesjährigen COP 27 in Ägypten.

684 Die Folgen der Klimakrise schlagen in den ärmsten Staaten der Welt ganz besonders  
685 dramatisch zu. Wir müssen deshalb die Klimaanpassung beschleunigen. Darum braucht es bei  
686 Schäden und Verlusten jetzt deutlich stärkere und verbindliche Unterstützung durch die  
687 Industrieländer. Dazu haben sich die G7 Ende Mai 2022 erstmals bekannt. Ein richtiger Schritt voran,  
688 dem aber noch viele folgen müssen.

689 Deutschland muss gerade angesichts der multiplen Krisen, die die Umsetzung von  
690 Klimaprojekten in vielen Weltregionen gefährden, seinen Beitrag zur kollektiven  
691 Verdopplungszusage der Anpassungsfinanzierung leisten. Ergänzend wollen wir die  
692 Rahmenbedingungen für privates Kapital verbessern, wenn dieses in echten  
Klimaschutz und  
693 konsequente Klimaanpassung investiert wird.

694 Mit Programmen der Entwicklungspolitik wie auch der Internationalen  
Klimaschutzinitiative  
695 der Bundesregierung leisten wir ganz konkrete Unterstützung für mehr Klimaschutz und  
Klimaanpassung. Gemeinsam wollen wir als G7 vorangehen, um aus der Kohle  
696 auszusteigen und  
697 die Emissionen im Energiesektor, im Verkehr und der Industrie so schnell wie möglich  
zu  
698 reduzieren. Es geht darum, gemeinsam eine Welle höherer Klimaambitionen zu  
erzeugen und  
699 andere Staaten mitzunehmen. Gleichzeitig brauchen wir einen Schub für mehr  
700 Klimagerechtigkeit und klare Fortschritte bei der Klimafinanzierung sowie ein Umlenken  
701 globaler Finanzströme im Einklang mit den Zielen des Pariser Abkommens.

702 Die Existenzen jener Menschen, die am stärksten von Extremwetterereignissen sowie  
den  
703 Langzeitfolgen der Klimakrise betroffen sind, müssen bei Maßnahmen wie  
beispielsweise der  
704 Schaffung und Einsetzung eines Fonds (etwa einer "Loss and Damage Finance Facility")  
oder  
705 neuer Finanzierungsfenster für klimabedingten Verluste und Schäden im Mittelpunkt  
stehen.  
706 Diese muss mit ausreichenden und einfach zugänglichen Finanzen für Regionen  
ausgestattet  
707 werden, die von den extremen Folgen der Klimakrise betroffen sind.

708 Als zusätzliches Angebot soll der geplante Schutzschirm gegen Klimarisiken ("Global  
Climate  
709 Risk Shield") zur bestmöglichen finanziellen Absicherung von Klimakrisen aufgebaut  
werden,  
710 um mit Versicherungen und weiteren Instrumenten für soziale Sicherung die  
betroffenen Länder  
711 dabei zu unterstützen, Widerstandsfähigkeit gegen Klimaschäden aufzubauen. Dieses  
Instrument  
712 ersetzt jedoch nicht die finanzielle Unterstützung, welche die Menschen im Globalen  
Süden im  
713 Katastrophenfall so dringend benötigen, um die ökonomischen sowie nicht-  
ökonomischen Folgen  
714 der Klimakrise zu adressieren.

715 Die Auswirkungen der Klimakrise führen zu einem Verlust von Existenzen und  
Wohlstand. Viele  
716 Länder, die jetzt schon besonders von der Klimakrise betroffen sind, wurden gleichzeitig  
717 auch durch die Auswirkungen anderer Krisen - wie beispielsweise der Covid-19

Pandemie oder  
718 den globalen Auswirkungen des Angriffskrieges auf die Ukraine - hart getroffen. Wir  
wollen  
719 die Möglichkeit eines Schuldenerlasses für diese Länder prüfen. Mit diesem können sie  
frei  
720 gewordene Finanzen für den Aufbau von Klimaresilienz sowie einer klimagerechten  
721 Infrastruktur nutzen.

722 Klimagerechtigkeit heißt aktuell vor allem, alles daran zu setzen, die große  
Maßnahmenlücke  
723 zwischen Klimazielen und politischem Handeln auf internationaler Ebene zu schließen.  
Leider  
724 immer noch unerfüllt sind die 2015 in Paris versprochene globale Bereitstellung der 100  
725 Milliarden US-Dollar für internationale Klimaschutz- und Klimaanpassungsfinanzierung.  
726 Deutschland muss hier seiner Verantwortung gerecht werden und mehr Mittel für die  
727 Klimafinanzierung in Ländern des globalen Südens bereitstellen. Das bedeutet auch, die  
728 Länder des globalen Südens in den Bereichen Energiesicherheit, Klimaanpassung,  
729 Verkehrspolitik, Landwirtschaft und nachhaltiger Wirtschaft zu unterstützen. Zur UN-  
730 Klimakonferenz COP 27 im November muss die Bundesregierung dazu eine verlässliche  
Zusage  
731 leisten.

732 Durch den russischen Angriffskrieg ist weltweit eine neue Dynamik entstanden, denn  
auch dem  
733 Letzten ist nun der Zusammenhang zwischen Klima, Energie, Sicherheit, Ernährung,  
Freiheit  
734 und Frieden klargeworden. Viele Staaten setzen auf den Ausbau von erneuerbaren  
Energien.  
735 Aber es gibt auch Kräfte, die den Moment des Krieges nutzen, um unter dem Vorwand  
der  
736 Energiesicherheit Öl, Gas und fossile Infrastrukturen dauerhaft zu festigen und  
auszubauen.  
737 Umso wichtiger ist es, dass wir alle Kanäle nutzen, um die Weichen für mehr  
Klimaschutz und  
738 für mehr Tempo bei der globalen Energiewende zu stellen. Die Verbrechen an der  
739 Menschlichkeit durch das russische Regime dürfen nicht als Deckmantel für neue  
langfristige  
740 fossile Abhängigkeiten dienen. Denn das würde nicht nur dem Aggressor in die Hände  
spielen,  
741 sondern auch die internationalen Klimaschutzmaßnahmen ad absurdum führen. Die  
einfache  
742 Logik, dass im Zweifel fossile Energieträger eine sichere Versorgung bereitstellen, ist  
743 widerlegt. Die neue Rolle der erneuerbaren Energien als Garanten für eine starke  
744 Selbstversorgung, Sicherheit und Freiheit gilt es, international zu festigen und die  
745 Hinwendung zu klimaneutraler Versorgung in anderen Ländern durch strukturelle,  
finanzielle  
746 und technische Unterstützungsangebote zu stärken.